



Antragssammlung
mit Empfehlungen der
Antragskommission

OMV-Anträge
auf dem CDU-
Landesparteitag
beschlossen
...Seite 2



Wahlen in Polen:
Deutsche Min-
derheit nicht
mehr im Sejm!
...Seite 3



OMV-Bundesta-
gung: Egon Pri-
mas als Chef
wiedergewählt
...Seite 4

Landesdelegiertentagung beschließt wichtige Anträge an den Landesparteitag OMV der CDU Nordrhein-Westfalen fordert eine tiefergehende Debatte über die DDR-Diktatur



Düsseldorf. Beinahe ein weltumspannendes Themenpaket hat sich die 25. Landesdelegiertentagung in Düsseldorf auf die Tagesordnung genommen. Neben einer bundespolitischen Debatte mit dem Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen, Paul Ziemiak MdB, gab es ein Gespräch mit dem OMV-Bundesvorsitzenden Egon Primas aus Thüringen und Vertretern der Stiftung Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland, die sich um Pflege der Sprache und Kultur von Deutschen und Deutschstämmigen weltweit kümmert. Zusätzlich ging eine klare inhaltliche

Botschaft von der Delegiertentagung aus: Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen fordert eine gesamtgesellschaftliche Debatte über den Umgang mit der DDR-Diktatur und möchte auch die Rahmenbedingungen für die Wissensvermittlung im Schulunterricht verbessert wissen. Ausgangspunkt ist der 70. Jahrestag des ersten Volksaufstandes in einem Land des so genannten „Warschauer Paktes“ am 17. Juni 1953 in der ehemaligen DDR. Die Menschen gingen damals für bessere Arbeitsbedingungen und die Frei-

heit auf die Straße. Das kommunistische Regime schlug den Volksaufstand mithilfe von Sowjet-Truppen blutig nieder. Den Jahrestag nahm die nordrhein-westfälische OMV zum Anlass einen Arbeitskreis zu gründen. Dieser durchforstete Lehr- und Lernmaterialien auf Defizite. Als Ergebnis der Arbeiten wurden zwei Anträge formuliert, welche die die Delegierten der OMV einstimmig verabschiedeten und dies auch gerne so vom Landesparteitag der CDU bestätigt wissen wollen. „Wir möchten, dass in den Kernlehrplänen an den nordrhein-westfälischen Schulen die DDR klar als zweite Diktatur auf deutschem Boden genannt wird und im Geschichtsunterricht ein stärkerer Schwerpunkt auf das Leben unter diese totalitären Bedingungen gelegt wird“, betont OMV-Landeschef Heiko Hendriks. Gegebenenfalls müsse es auch Anpassungen bei den zugelassenen Lehr- und Lernmitteln geben. Eine Debatte könne

man nur mit ausreichend veritablem Wissen führen. „Wir müssen dafür sorgen, dass die künftigen Generationen dieses Wissen erlangen“, ergänzt Arbeitskreisleiter Maximilian Lietz und ergänzt: „Hierbei spielt der schulische Unterricht eine entscheidende Rolle“.

Auch der zweite Antrag hat mit dem Bildungsauftrag der Schulen zu tun. Hier fordert die nordrhein-westfälische OMV zum einen eine Handreichung für Lehrkräfte und zum anderen eine stärkere Bewerbung der Fördermöglichkeit von Fahrten zu Gedenkstätten der DDR-Diktatur. „Wir können uns vorstellen, dass eine solche Handreichung z.B. von der Landeszentrale für politische Bildung herausgegeben werden könnte, was sicherlich gut für die Akzeptanz durch die



Fortsetzung von Seite 1

Lehrkräfte wäre“, so der Vorsitzende der OMV der CDU NRW. Länder wie Baden-Württemberg machen es vor. Bei den Gedenkstättenfahrten habe die unionsgeführte Landesregierung den Haushaltsansatz auf mittlerweile zwei Millionen Euro erhöht. Hierbei seien natürlich auch Gedenkstätten kommunistischer Gewaltherrschaft förderfähig, „aber es gibt leider viel zu wenig Hinweise darauf“, beklagt die OMV. Dies solle sich ändern.

Zuvor hatte der OMV-Landeschef in seinem Bericht dazu aufgerufen, den Zusammenhalt weiter zu stärken. „Wir kümmern uns als OMV um Themen, mit denen es nicht immer leicht ist, in diesen Tagen durchzudringen. Deshalb müssen wir Zusammenhalten, um uns weiterhin Gehör zu verschaffen“, so Hendriks. Man sehe mittlerweile durch die ersten Kürzungsmaßnahmen auf Bundesebene, dass das Klima immer schwieriger werde. Es sei zu befürchten, dass dies nur der Anfang gewesen war. Es gebe aber Faktoren, so der OMV-Landeschef, die für Stabilität sorgen und die benennt er so: „In den Bundesländern, in denen es Beauftragte der Landesregierungen gibt, gibt es in den entsprechenden Haushalten bisher keine Kürzungen“. Daher braucht es auch eine starke OMV in einer starken Union, damit die Anliegen der Zielgruppen in guten Händen sind.

In einer engagierten Rede hatte bereits der Generalsekretär der CDU Nordrhein-

Westfalen, Paul Ziemiak MdB, die Politik der Ampel-Regierung in Berlin zerpfückt. Gleichzeitig betonte er, dass die Bürgerinnen und Bürger keine Phrasen, sondern Lösungen erwarten. Daher müsse sich die Union gegenüber der Ampel-Regierung, im Gegensatz zu den Rechtsradikalen und Rechtspopulisten, die keinerlei Lösungsansätze bieten, als Union der Lösungen präsentieren. Dabei müsse auch Klartext geredet werden. Die anschließende Diskussion im Plenum zeigte, dass Ziemiak wohl auch die aus OMV-Sicht neuralgischen Punkte der aktuellen Politik angesprochen hat.

Auch OMV-Bundesvorsitzender Egon Primas (Thüringen) ging auf die aktuelle politische Lage ein. Man dürfe die Menschen im Osten der Republik nicht abstempeln. Vielmehr müsse auf deren Bedürfnisse eingegangen werden. Mehr als je zuvor müsse sich auch die OMV um ihre Kernklientel kümmern und dürfe sie nicht populistischen Rattenfängern von rechts und links außen überlassen.

Die Vorstellung der Stiftung Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland, die mittlerweile zur Mittlerorganisation für Fördergelder der Bundesregierung für die deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa aufgestiegen ist, rundete die Landesdelegiertentagung ab. Prof. Oliver Junk (Vorstandsvorsitzender) und Sebastian Maschnitzke (Geschäftsführer) stellten die umfassende Arbeit der Stiftung vor.



S. Maschnitzke (li.) und Prof. O. Junk (re.) von der Stiftung Verbundenheit



Diskussion mit dem Generalsekretär der CDU NRW Paul Ziemiak MdB

OMV-Anträge auf dem Landesparteitag der CDU Nordrhein-Westfalen beschlossen

Hürth. Einstimmig wurden die Anträge der OMV der CDU Nordrhein-Westfalen zum Themenbereich „DDR-Diktatur“ auf dem Landesparteitag der Landespartei in Hürth beschlossen. Das berichten die stellvertretende OMV-Landesvorsitzende Sarah Beckhoff, OMV-Landeschef Heiko Hendriks und der Leiter des Arbeitskreises der OMV und Schatzmeister Maximilian Lietz (im Bild v.l.n.r.). Die drei Delegierten der

OMV freuen sich: „Die CDU Nordrhein-Westfalen zeigt damit, dass ihr das Thema und letztlich auch die betroffenen Menschen wichtig sind. Dabei wird auch die wichtige Rolle der OMV innerhalb der Union offenbar, die sich um den Themenbereich kümmert und ihn auf die Tagesordnung bringt.“

Die Anträge sind auf der Homepage der OMV der CDU NRW aufrufbar unter: www.omv-nrw.de.



Foto: OMV NRW

Zum ersten Mal seit der politischen Wende in Polen:

Deutsche Minderheit nach Parlamentswahlen in Polen nicht mehr im Sejm vertreten!



Foto: Ryszard Galla

Der langjährige Abgeordnete Ryszard Galla verpasste den Einzug in den Sejm

Oppeln. Es war ein Zeitlupefinale, doch am Ende hat es nicht gereicht. Zum ersten Mal nach der politischen Wende in Polen ist die deutsche Minderheit nicht im Sejm vertreten. Bei den Parlamentswahlen am 15. Oktober 2023 erreichte das Wahlkomitee der Deutschen im Wahlkreis 21 (Woiwodschaft Oppeln) zwar knapp die geforderte Fünf-Prozent-Hürde, auf Grund der geringeren Stimmenanzahl konnte es jedoch beim Mandatszuteilungsverfahren nach d'Hondt nicht berücksichtigt werden.

Damit geht eine Ära zu Ende und hinterlässt viele Fragen. Vor allem natürlich nach den Gründen für das Ausscheiden. Die eigene Wahlkampagne bezeichnet die deutsche Minderheit als gut und integrativ. Man wollte die Region als Region der Vielfalt und des Dialogs darstellen. Letztlich war zu vermuten, dass der Wahlkampf extrem polarisiert geführt werden würde, und zwar zwischen der regierenden Partei PiS und der Opposition. Und so liegt es nahe, dass für viele Wähler

die Entscheidung zugespitzt auf Regierung und Opposition gefallen ist. Der Vorsitzende der SKGD Oppeln, Rafal Bartek, beklagt zudem, vielen sei gar nicht bekannt gewesen, dass die deutsche Minderheit nicht automatisch einen Abgeordneten im Sejm stellen würde. Mit der Kampagne „Nur der Kaffee kommt aus den Automaten“ habe man versucht, die Wähler aufzuklären. Die hohe Wahlbeteiligung hat den Deutschen freilich obendrein noch zugesetzt und den Einzug in den Sejm erschwert.

Doch man muss auch die nüchternen Zahlen betrachten. Und die sprechen ebenfalls eine deutliche Sprache.

So hat das Wahlkomitee der deutschen Minderheit gegenüber 2019 etwa 20% seines Elektorats verloren. In Verbindung mit einer 14% höheren Wahlbeteiligung hat dieser Wählerschwund den Einzug der „Nummer Eins“ der deutschen Minderheit, Mandatsinhaber Ryszard Galla, verhindert. Auch scheint die deutsche Minderheit das direkte Wählerpotential bei ihren Mitgliedern nicht voll auszuschöpfen, deren Zahl nach eigenen Angaben auf etwa 30.000 taxiert wird. Sie erreicht ebenfalls die zahlreichen Gruppen nicht, die zwar zu den deutschen Wurzeln der Region stehen, sich allerdings eher als Oberschlesier (Slazacy) sehen und nicht Mitglieder der Strukturen der deutschen Minderheit sind. Unter diesen Rahmenbedingungen scheint das als Wahlkampfziel ausgegebene zweite Mandat in weite Ferne gerückt. Ziel für die nächste Parlamentswahl dürfte ersteinmal ein Wiedereinzug ins polnische Parlament sein, der dann hoffentlich in vier Jahren auch gelingen möge.

SEJMWAHLEN IM WAHLKREIS OPPELN Stimmen für die deutsche Minderheit

	2023	2019
Stimmenanzahl:	25.778	32.094
Prozentanteil:	5,37%	7,90%
Wahlbeteiligung:	66,55%	52,91%
Differenz absolut:	6.314 Stimmen	
Differenz prozentual:	19,68%	

Quelle: Panstwowa Komisja Wyborcza (pkw.gov.pl)

Scholz MdL: Haushaltsansätze bleiben stabil

Düsseldorf. Die Kulturförderung nach § 96 BVFG, insbesondere die Institutionelle, bleibt im Haushaltsjahr 2024 trotz knapper Kassen stabil. Der Beauftragte der CDU-Landtagsfraktion für Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten, Rüdiger Scholz MdL, freut sich: „Die nordrhein-westfälische Landesregierung zeigt damit, dass ihr dieser Politikbereich wichtig ist. Mein Dank gilt dem Ministerpräsidenten, dem Finanzminister, aber auch der Kulturministerin für ihr Wohlwollen.“ Gerade in den Krisenzeiten, in den wir leben, sei es nicht selbstverständlich, dass die Ansätze konstant bleiben. Die Verbände und Institutionen haben damit Planungssicherheit für ihre gute und wertvolle Arbeit.



Foto: OMV NRW

R. Scholz im „Westpreußischen“

IMPRESSUM

Herausgeber:
OMV der CDU NRW
Verantwortlich i.S.d.P.:
Sebastian Wladarz
Wasserstraße 6
40213 Düsseldorf
Telefon: (0211) 1360092
Mail: swladarz@cdu-nrw.de
Fotos, soweit keine Angabe
(c) Sebastian Wladarz

Mehr über uns und unsere Politik erfahren Sie auf unserer Homepage:

www.OMV-NRW.de

Twitter:
@OMVNRW

Instagram:
@OMVNRW

OMV der CDU NRW vollzählig auf der Bundesdelegiertentagung vertreten Merz: „Die OMV ist ein konstitutiver Teil der CDU!“



Parteichef Friedrich Merz gratuliert Egon Primas zur Wiederwahl

Berlin. Mit 98,5% Zustimmung ist der OMV-Bundesvorsitzende Egon Primas in seinem Amt bestätigt worden. Der gebürtige Thüringer geht damit in seine dritte Amtszeit als Chef der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge. Die nordrhein-westfälische OMV, die mit voller Mannschaftsstärke an Delegierten in Berlin vertreten war, schickte zwei erfahrene Vertriebenenpolitiker ins Rennen um einen Sitz im Bundesvorstand. So wurden die ehemaligen Landtagsabgeordneten Rüdiger Goldmann als stellvertretender Bundesvorsitzender und Werner Jostmeier als Beisitzer wiedergewählt.

Höhepunkt der des Wahltags war der Auftritt des CDU-Parteivorsitzenden Friedrich Merz. Der Sauer-

länder, dessen Vater aus Breslau stammt, nannte die OMV „ein konstitutives Element der CDU.“ Weiterhin stimmte er die Delegierten auf „unbequeme“ Zeiten ein. Man werde sich mit dem, was man in Zukunft klar sagen werde, nicht überall Freunde machen. Dennoch sei es notwendig die Dinge beim Namen zu nennen. Die Union sei in der Opposition konstruktiv. Ziel müsse aber freilich die Ablösung der „Ampel“ sein. In Bezug auf die Parlamentswahlen in Polen drückte



Die Delegierten der OMV der CDU Nordrhein-Westfalen in Berlin

Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Das Tor nach Deutschland muss für Spätaussiedler offen bleiben!“

Berlin. Die restriktive Aufnahmepraxis der Bundesregierung beim Aussiedlerzug und eine notwendige Verbesserung im Bundesvertriebenengesetz waren Hauptthemen eines Kongresses der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Dabei betonten sowohl Friedrich

Merz als auch der vorsitzende der Arbeitsgruppe Christoph de Vries MdB: „Spätaussiedler sind keine postsowjetischen Migranten. Es sind unsere Landsleute. Und deshalb muss das Tor nach Deutschland, das Helmut Kohl aufgetan hat, weiterhin offen bleiben!“

Merz die Hoffnung aus, dass bald gute Gespräche zum Thema Unterricht in Deutsch als Minderheitensprache geführt werden können.

Die OMV der CDU NRW konnte bei dieser Bundestagung auch wieder Anträge durchsetzen. Zum einen geht es darum, zu prüfen und Vorschläge zu machen, wie auf deutscher Seite das Projekt „Die vergessenen Friedhöfe in Masuren“ der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus und der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf unterstützt und fortgeführt werden kann. Zum anderen wurde eine Satzungsänderung beschlossen, die verhindert, dass Vorstände in Zukunft verkleinert werden müssen, nur weil sie nicht zur Hälfte mit Frauen besetzt werden können. Beide Anträge wurden angenommen.



Christoph de Vries MdB

NACHRICHTEN

+++ Berlin. In der Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen (BdV) wurde Dr. Bernd Fabritius (CSU) erneut zu seinem Präsidenten gewählt. Der ehemalige Beauftragte der Bundesregierung für Ausiedler- und Minderheitenfragen steht dem Dachverband der Vertriebenenorganisationen nun schon seit



Dr. Bernd Fabritius (CSU)

2014 vor. **+++ Warschau.** Der Regierungswechsel in Warschau ist zum greifen nah. Die vereinte Opposition hat sich auf einen Koalitionsvertrag geeinigt. In der ersten Sejm-Sitzung wurden bereits wichtige Positionen, wie die Vorsitze der beiden Parlamentskammern, mit Mehrheit besetzt. Präsident Duda hat jedoch den bisherigen Premier Morawiecki mit der Regierungsbildung beauftragt, da die PiS stärkste Fraktion geworden ist. Die Rolle Dudas wird noch wichtig, da die vereinte Opposition nicht über genügend Stimmen im Sejm verfügt, das Veto des Präsidenten im Gesetzgebungsverfahren zu überstimmen.

+++ München. Dr. Petra Loibl MdL ist die neue beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Ausiedler und Vertriebene. Sie folgt nach der Landtagswahl auf Sylvia Stiersdörfer, die nicht mehr für kandidiert hat. Die gelernte Tierärztin ist seit 2018 Mitglied des Landtags für den Stimmkreis Dingolfing. **+++**